

“Druck machen gegen soziale Kälte”, Hannover, DGB-Demo 6.11.2010

“Mindestens 80 Euro mehr für Ernährung in der Regelleistung – sofort!” – Bericht aus dem Krach-Schlagen-Block

Mobilisiert hatten Initiativen und ver.di-Erwerbslose aus Niedersachsen, Bremen und auch einige Berliner_innen haben mitgemacht. Zusammen haben wir einen Krach-Schlagen-Block von ca. 100 bis 150 Erwerbslosen und ihren Unterstüt-



zer_innen gebildet. Im Ergebnis war der Block nicht zu überhören. Besonders gefreut haben wir uns seitens der ALSO über die gute Unterstützung aus unserem Umfeld wie auch über die bei der Oldenburger ver.di organisierten Beschäftigten privater Postdienstleister, die uns dabei halfen, einen 44-Plätze Bus des DGB zu füllen. Unsere neue Krach-Schlagen-Fahne (oben) hat sich dabei bereits bewährt - auch auf einer Luftaufnahme in der Tagesschau war sie noch aus großer Höhe deutlich zu erkennen.



Kein Krach ohne Vorbereitung: Im Bus wurden unsere Töpfe, Kanister und Plastikeimer verstaut (Vielen Dank an dieser Stelle für die Geräte auch an den Oldenburger BDM-Teamleiter und zwei Gewerbebetriebe aus der Nahrungsmittelbranche, eine Metzgerei und eine Kantine).



Auch wenn es mir nach der Demo schien, dass wir noch mehr dafür tun müssen, jene auch mehr für unsere Aktionen zu gewinnen, die nicht direkt in den ALSO-Netzwerken eingebunden sind, dürfte der Block ein Erfolg gewesen sein. Das zeigte auch eine Reaktion von MitstreiterInnen zweier Erwerbslosengruppen aus Hannover:

Lieber Guido,

im Namen von Hannover Verdi ELO und auch für das Politbüro Prekär, ... allen Aktiven ALSO Kollegen und Kolleginnen großen Dank für Euer Tun und DaSein.

Dank auch an alle Bündnispartner ..., dass "Krach schlagen" auch in Hannover stattgefunden hat - hoffentlich läuft es in Bonn ähnlich gut (Gruss an Martin B. und Dank für Hilfe)! Gedanken gehen an die Freunde und Kolleginnen längs des Castor-Transportes und ins Wendland.

"Krach schlagen" ist gut angekommen in Hannover - die Mobilisierung hat durch aller Hilfe aus unserer Sicht gut funktioniert ... - Die genannte offizielle Zahl über 15.000 im Ganzen - im Block haben wir nicht gesondert gezählt auf den ca. 70 Metern zwischen Fronttransparent, "Roter Pfeffer" (Bild) und Schlussmusikgruppe "Bantamba..." (leider ohne Bild) und Versorgungsfahrrad mit "Hartz IV geht alle an!" - Transparent - Gute Stimmung - viel Freude und lachende Gesichter - Komplimente für die Kampagne "Krachschlagen statt...".

Wir versuchen in Hannover weiter laufen zu lernen - das macht ja MUT. Für die SozialprotestlerInnen und Erwerbslose in Hannover war es eine gute Aktion. Danke für Eure Energie!

"Roter Pfeffer" (Bremen) und "Bantamba moolu" (Hannover) waren aus unserer Sicht 'das Salz in der Suppe' - Klasse und Dank!

Auf wiederseh'n...

Jochen (Peiler)

Michael (Boeken)

HaDe (Grube)

Wir freuen uns natürlich über die netten Worte der organisierten Erwerbslosen aus Hannover, zumal sie zudem noch für prima Verpflegung mit Brötchen und Kaffee gesorgt haben.



Roter Pfeffer

Überhaupt nicht zufrieden stellend war hingegen die Berücksichtigung Erwerbsloser durch die Macher der DGB-Demo. So wurden wir zum Auftakt erst auf gezielte Intervention beim Redepult begrüßt. Auch die aktuell umstrittenen Entscheidungen um Hartz IV wurden in den Redebeiträgen von DGB-Chef Michael Sommer und Sozialverbandspräsident (SoVD) Adolf Bauer bar jeder konkreten Forderung und fern von jedem Ansatz zu politischen Druck abgehandelt. So schaffte es Michael Sommer zwar, wortgewaltig gegen Armutslöhne und Maßhalteappelle bei Lohnabschlüssen zu schimpfen und zu kritisieren, dass Arbeitnehmer in der Krise "den Karren aus dem Dreck ziehen durften" ohne im 'Aufschwung' teilhaben zu können. Zum Arbeitslosengeld II fiel ihm aber nur ein, dass "anständige Löhne" ein Leben "ohne die Aufstockung durch Hartz IV" ermöglichen müssten. Dass Erwerbslose und 'Aufstocker' in der Krise auch Einbußen haben, kommt bei ihm nicht vor. Beide Redner machten einen auffällig weiten Bogen um eine ganz zentrale gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische Stellschraube: Das Niveau der Regelleistung von Hartz IV und Sozialhilfe. Selbst die Extra-Schikane bei den Mini-Zusatz-Leistungen für Kinder ("Chipkarten-Debatte") waren ihnen kein Wort wert.



Wir dürfen davon ausgehen, dass ihnen klar ist, dass das Hartz IV-System Motor und Stabilisator der von ihnen beklagten Armutslöhne ist. Doch weder wurde die deutliche Anhebung der Regelleistungen gefordert, geschweige denn eine konkrete Forderung zur Leistungshöhe formuliert.



Der Redebeitrag von Michael Sommer: Viele Demo-Teilnehmer lassen sich von Verbal-Getöse nicht mehr beeindrucken.

Die aktuellen Verschärfungen der Hartz IV-Gesetze waren auch kein Thema. Ich ahne Böses: wird die SPD die Regierungsvorhaben zum Hartz IV-Recht durchwinken, wenn ihnen ein Entgegenkommen beim Mindestlohn durch die Regierungsparteien auch nur angedeutet wird? Denn wenn Spitzengewerkschaftler kein Mindesteinkommensniveau für ein menschenwürdiges Leben benennen, keinen Mindestbetrag für den



Hartz IV-Satz, auf der Kundgebung vielmehr jede Präzisierung vermeiden, bleibt völlig offen, was denn das Kriterium für einen "allgemeinen existenzsichernden Mindestlohn" (Sommer) sein soll.

Und noch ein Hinweis zur 'Erdung' von Erwartungen an

die DGB-Spitze: DGB und SoVD bringen derzeit in's Gespräch, die Hinzuverdienstgrenzen bei Hartz IV an einen Mindestlohn zu koppeln, um den Niedriglohnsektor nicht länger zu fördern [1]. Das ist - so lange politisch keine eindeutige Mindestlohnregelung durchgesetzt ist -, aus meiner Sicht völlig abwegig, denn mit dieser Regelung würde einzig das Dilemma dieser Verbände, sich mit der Macht nicht ernstlich anlegen zu wollen, gänzlich zu Lasten Erwerbsloser und im unteren Einkommenssegment Beschäftigter entsorgt. Denn diesen würden im Ergebnis auch noch die Erwerbstätigenfreibeträge von Hartz IV genommen werden. Das wäre eine Bestrafung der Opfer der Ausbreitung von Niedrigstlöhnen, für die SPD und Grüne mit Hartz IV erst gesorgt haben – unterstützt oder geduldet durch Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft selbst. Wo sie sich heute noch immer nicht von dieser Politik unmissverständlich distanzieren mögen, sollen's offenkundig deren Opfer ausbaden – eine weitere Variante von Hartz 5?

Doch die DGB-Spitze schaut nicht nur beim Armenrecht weg. Getreu ihres Kampagnen-Mottos "Schieflage in Deutschland" fehlte auf der Kundgebung jeder Hinweis auf die Grundlagen des aktuellen Jobbooms in der BRD: Die 'Schieflage' innerhalb Europas, wo die deutsche Industrie die Abwertung des Euros genießt. Sie wächst durch die Steigerung ihrer Exportquote in Nicht-Euroländer, Kurzarbeit wird zurück und Leiharbeit wieder hochgefahren. Dass dieser 'Jobboom' erst durch das brutale Abwarten der Bundesregierung

angesichts der Griechenlandkrise möglich wurde und heute die unter den rigiden Sparprogrammen in Griechenland leidenden Arbeiter_innen für die neuen Jobs in Deutschland zahlen, war den deutschen Gewerkschaftsoberen keine Silbe wert.



Dass politischen Eingreifen auch in der BRD ganz anderes laufen könnte, deuteten die auf dieser Demonstration vertretenen Betriebsgruppen (z. B. Daimler Bremen und Volkswagen) wie auch die zeitgleiche Arbeitsniederlegung durch



ver.di-Kollegen bei den Nahverkehrsbetrieben Braunschweig an. Die Mobilisierung in Betrieben ist nicht unmöglich, auch wenn darin vielleicht keine große Übung mehr besteht. Aber eines ist dazu unerlässlich: politisches Eingreifen und derartige Aktionen müssen zuerst gewollt und dann organisiert werden. Auch Siegfried Sauer, der hiesige ver.di-Landesbezirksleiter, machte am 30. Oktober andere Wege deutlich, als er sich auf einer ver.di-Bezirkskonferenz im Grundsatzreferat die Forderung der Erwerbslosennetzwerke nach "mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel" zu eigen machte.

Allen, die den Krach-Schlagen-Block mit uns gestaltet haben, vielen herzlichen Dank, ganz besonders auch von der ALSO den Gruppen "Roter Pfeffer" und "Bantamba moolu" (Bild re.).

Guido / ALSO



Eine Liste der Ungerechtigkeiten, nur: Der Bereich der Leistungen für Erwerbslose fehlt.



[1] SoVD: Sicherung von Beschäftigung und sozialer Schutz bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktpolitische Forderungen des SoVD, S. 5; DGB: ba-intern, Informationen für die Verwaltungsausschüsse der Bundesagentur für Arbeit, Nr 09 / 2010.

Bilder: sisa/OL, ws/HB